



Prot. Nr. 32.01.13/460665

Bozen, 17. August 2009

Bearbeitet von:
Werner Clara
Tel. 0471 417532
Werner.clara@schule.suedtirol.it

An die Schulführungskräfte
aller Schulstufen

An die Direktorinnen und Direktoren
der gleichgestellten Schulen

Rundschreiben Nr. 41/2009

Wahlen der Mitbestimmungsgremien auf Schulebene

Sehr geehrte Schulführungskräfte,
sehr geehrte Direktorinnen und Direktoren,

mit Mitteilungen des Schulamtsleiters vom 28. März 2008 und vom 10. September 2008 wurden Sie über die im Jahre 2008 eingeführten Änderungen des Landesgesetzes vom 18. Oktober 1995, Nr. 20 (Mitbestimmungsgremien der Schulen), in Kenntnis gesetzt und insbesondere über die Vorverlegung der Wahlen der Mitbestimmungsgremien auf Schulebene von Oktober auf September informiert. Die wesentlichen Aspekte dieser Mitteilungen werden im Sinne der Vollständigkeit und leichteren Handhabung in diesem Rundschreiben unter dem nachfolgenden Punkt A) wiedergegeben. Die beiden genannten Mitteilungen des Schulamtsleiters sind somit als überholt zu betrachten.

A) Änderungen zum Landesgesetz vom 18. Oktober 1995, Nr. 20

Das Landesgesetz vom 14. März 2008, Nr. 2 (Bestimmungen im Bereich Bildung), hat die Bestimmungen des Landesgesetzes vom 18. Oktober 1995, Nr. 20, zu den Mitbestimmungsgremien auf Schulebene in folgenden drei Punkten abgeändert:

1. Die Eltern- und Schülervereinerinnen und -vereiner einer Klasse sind für drei Schuljahre im Amt, sofern sie innerhalb derselben Schulstufe bleiben (Artikel 3 Absatz 1).
2. Die Vorsitzenden des Eltern- und des Schülerrates sowie die Delegierten der Schule in den Landesbeiräten der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler nehmen an den Sitzungen des Schulrates mit beratender Funktion teil (Artikel 6 Absatz 8).
3. Die Wahlen zur Erneuerung der Mitbestimmungsgremien finden innerhalb September des Jahres statt, in welchem das jeweilige Gremium verfällt (Artikel 12 Absatz 4).

Durch diese Änderungen soll die Handlungsfähigkeit der Mitbestimmungsgremien auf Schulebene so bald als möglich nach Beginn des Schuljahres gewährleistet und den Klassen-, Eltern- und Schülerräten der autonomen Schulen mehr Kontinuität und Stabilität zugesichert werden. Hintergrund dieser Änderungen ist auch eine verstärkte Vernetzung und eine Verbesserung des Informationsflusses zwischen den Eltern- und Schülervereinerinnen und -vereiner innerhalb der schulischen Gremien.

Demzufolge sieht die neue Gesetzesbestimmung vor, dass die Eltern- und Schülervereinerinnen und -vereiner einer Klasse für drei Schuljahre im Amt sind und die Vorsitzenden des Eltern- und an den Oberschulen des Schülerrates sowie die Delegierten in den Landesbeiräten der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler mit beratender Funktion an den Sitzungen des Schulrates teilnehmen. Aus der Gesetzesformulierung wird abgeleitet, dass die besagten Personen zu allen Sitzungen des Schulrates einzuladen sind und auch an allen Schulratssitzungen teilnehmen können. Der Begriff »beratende Funktion«



bedeutet, dass die oder der Vorsitzende des Schulrates den betreffenden Personen zu den behandelnden Gegenständen das Wort erteilen kann, um Abklärungen oder Erläuterungen abzugeben; sie haben jedoch kein Stimmrecht. Im Detail regelt der Schulrat aufgrund von Artikel 14 des Landesgesetzes Nr. 20/1995 im Rahmen der internen Schulordnung die Öffentlichkeit der Sitzungen und die Teilnahme von Personen, die nicht den Mitbestimmungsgremien angehören.

In Zusammenhang mit der dreijährigen Amtsdauer der Eltern- und Schülervertreterinnen und -vertreter in den Klassenräten verweise ich darauf, dass die Wahlprotokolle mit den Auflistungen der gewählten und nachrückenden Kandidatinnen und Kandidaten entsprechend den verbindlichen Skartierungsrichtlinien aufzubewahren sind (siehe Rundschreiben des Schulamtsleiters vom 2. August 2006, Nr. 31). Zum Zwecke einer übersichtlichen Bearbeitung und Verwaltung der Daten der Eltern- und Schülervertreterinnen und -vertreter erhalten Sie als Hilfestellung in der Anlage eine Access-Anwendung.

B) Wahlen der Mitbestimmungsgremien auf Schulebene

Die Wahlen der schulischen Mitbestimmungsgremien sind von den Artikeln 11, 12 und 13 des Landesgesetzes Nr. 20/1995 geregelt. Die konkrete Vorgangsweise für die Abwicklung der Wahlen war im Dekret des Landeshauptmanns vom 12. August 1996, Nr. 24, enthalten, das mit Dekret des Landeshauptmanns vom 24. Oktober 2008, Nr. 59, aufgehoben worden ist. Diese Vorgangsweise hängt mit dem Landesgesetz zur Autonomie der Schulen zusammen, das den Schulen Rechtspersönlichkeit und weitgehende Autonomie, auch im organisatorischen Bereich, zuerkannt hat.

Aufgrund dieser Entwicklungen fällt es in die Zuständigkeit der autonomen Schulen, die konkrete Abwicklung der Wahlen der Mitbestimmungsgremien auf Schulebene zu regeln. Hiermit kann auch dem Artikel 12¹ des Landesgesetzes vom 18. Oktober 1995, Nr. 20 (Mitbestimmungsgremien der Schulen), gänzlich Rechnung getragen werden, zumal dieser bereits allgemeine Bestimmungen zu den Wahlen der schulischen Gremien beinhaltet und zudem vorsieht, dass die Schulräte für alle Wahlen der Mitbestimmungsgremien auf Schulebene die Wahlmodalitäten festlegen.

Im Sinne der Rechtssicherheit sowie der Gleichbehandlung bei der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts ist es erforderlich, dass die autonomen Schulen bei der Festlegung der Wahlmodalitäten der Mitbestimmungsgremien unter Berücksichtigung der Artikel 11, 12 und 13 des Landesgesetzes Nr. 20/1995 folgende Grundsätze in die interne Wahlordnung aufnehmen:

1. **Wahlgeheimnis und Wahlsystem:** Die Wahl ist geheim und persönlich. Laut Artikel 12 Absatz 1 des Landesgesetzes Nr. 20/1995 entscheiden die Schulräte darüber, ob für die Ermittlung der in den Schulrat zu wählenden Eltern- und Schülervertreterinnen und -vertreter das direkte oder indirekte Wahlsystem Anwendung findet.
 - a) **Direktes Wahlsystem:** Alle Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen, die das aktive Wahlrecht besitzen, wählen jeweils ihre Vertreterinnen und Vertreter aus den Reihen der Kandidatinnen und Kandidaten in den Schulrat. Hierzu richtet die Schulführungskraft ein oder mehrere Wahlämter ein, an denen das Wahlrecht ausgeübt werden kann. Es besteht auch die Möglichkeit, die Wahlen im Rahmen einer Eltern- bzw. Schülerversammlung (zu der alle Eltern bzw. alle Schülerinnen und Schüler eingeladen werden) zu veranstalten. Ebenso kann die Wahl der Lehrervertreterinnen und -vertreter in den Schulrat im Rahmen einer Sitzung des Lehrerkollegiums stattfinden. Die Wahl kann auch durch Briefwahl erfolgen.
 - b) **Indirektes Wahlsystem:** Für die Wahl der Eltern- und der Schülervertreterinnen und -vertreter in den Schulrat kann auch das indirekte Wahlsystem angewandt werden. In diesem Fall wählen der Elternrat und der Schülerrat ihre Vertreterinnen und Vertreter im Rahmen einer Versammlung.

¹ Artikel 12 des Landesgesetzes vom 18. Oktober 1995, Nr. 20:

1. Die Schulräte entscheiden darüber, ob für die Ermittlung der in den Schulrat zu wählenden Eltern- und Schülervertreter das direkte oder indirekte Wahlsystem Anwendung findet, und legen für alle Wahlen der im vorliegenden Gesetz vorgesehenen Mitbestimmungsgremien die Wahlmodalitäten fest.
2. Jeder Wähler kann eine Vorzugsstimme abgeben, wenn seine Kategorie im Gremium einen oder zwei Vertreter hat; sind die Vertreter seiner Kategorie mehr als zwei, so kann er bis zu zwei Vorzugsstimmen abgeben.
3. Gewählt sind jene Personen, die die meisten Stimmen erhalten. Falls mehr Personen gleich viel Stimmen erhalten haben, sind die älteren Kandidaten gewählt.
4. Die Wahlen zur Erneuerung der Mitbestimmungsgremien finden innerhalb September des Jahres statt, in welchem das jeweilige Gremium verfällt. Der Direktor schreibt die Wahlen aus und sorgt für deren Durchführung.



2. Aktives und passives Wahlrecht: Das aktive Wahlrecht für die Wahl der Lehrervertreterinnen und -vertreter steht den Lehrpersonen mit befristetem oder unbefristetem Arbeitsvertrag zu, die am Wahltag im Dienst der Schule stehen. Das passive Wahlrecht für die Wahl der Lehrervertreterinnen und -vertreter steht den Lehrpersonen mit unbefristetem Arbeitsvertrag sowie den Lehrpersonen mit befristetem Arbeitsvertrag von mindestens hundertachtzig Tagen zu, die im Dienst der Schule stehen. Das aktive und passive Wahlrecht für die Wahl der Elternvertreterinnen und -vertreter steht den Eltern zu, deren Kind an der Schule eingeschrieben ist. Das aktive und passive Wahlrecht für die Wahl der Schülervvertreterinnen und -vertreter steht den Oberschülerinnen und Oberschülern zu, die an der Schule eingeschrieben sind. Bei Anwendung des indirekten Wahlsystems für die Wahl der Eltern- und Schülervvertreterinnen und -vertreter in den Schulrat wird das aktive Wahlrecht nur von den Mitgliedern des Eltern- und des Schülerrates ausgeübt; das passive Wahlrecht besitzen alle Eltern, deren Kind an der Schule eingeschrieben ist, und alle Oberschülerinnen und Oberschüler, die an der Schule eingeschrieben sind.
Die Voraussetzungen für das aktive Wahlrecht müssen am Tag der Wahl und die Voraussetzungen für das passive Wahlrecht zum letzten Termin für die Einreichung der Kandidaturen gegeben sein.
3. Aufgaben der Schulführungskraft: Die Schulführungskraft sorgt für die Ausschreibung und Bekanntgabe der Wahlen, die Errichtung der Wahlsitze und der Wahlämter, die Erstellung und Aktualisierung der Wählerverzeichnisse, die Überprüfung der Voraussetzungen für die Kandidaturen, die Bereitstellung der Stimmzettel, der Wahlprotokolle sowie des notwendigen Wahlmaterials, die Durchführung der Wahlen, die Ernennung der Gewählten und die erste Einberufung des Gremiums, die Ersetzung von ausgeschiedenen Mitgliedern und die Durchführung von Zusatzwahlen.
4. Einwände: Während der Wahlvorgänge und jedenfalls innerhalb von fünf Tagen nach Veröffentlichung der Wahlergebnisse an der Anschlagtafel der Schule kann jeder, der ein rechtliches Interesse daran hat, Einwände bei der Schulführungskraft erheben.

Als Hilfestellung erhalten Sie in der Anlage den Entwurf einer Wahlordnung, welcher bereits den oben angeführten Grundsätzen Rechnung trägt und den konkreten Bedürfnissen Ihrer Schule anzupassen ist, indem die notwendigen Streichungen und Ergänzungen vorgenommen werden. In der Folge ist der Entwurf so bald als möglich dem Schulrat zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Mit freundlichen Grüßen

Der Schulamtsleiter

Dr. Peter Höllrigl

Anlagen

Entwurf einer internen Wahlordnung

Access-Anwendung für die Verwaltung der Daten von Eltern- und Schülervvertreterinnen